

INTEGRATIONSBÜRO EDA/EVD
777.110 GB / spi-jos

VERTRAULICH

Bern, 6. April 1993

Notiz

Geht an: Herrm Staatssekretär F. Blankart
Herrm Staatssekretär J. Kellenberger, EDA-PD
Herrm Generalsekretär F. Mühlemann, GS/EVED

Kopie an: Herrm D. Woker, EDA-PD I
Herrm W. Frunz, EDA-PD I
Herrm Ch. Fotsch, Persönlicher Mitarbeiter von Herrm Bundes-
präsident A. Ogi, EVED
Herrm G. Martin, Persönlicher Mitarbeiter von Herrm Bundesrat Cotti,
EDA-PD

Offizieller Arbeitsbesuch von Herrn Premierminister John Major in Bern
Gespräch zum Thema "europäische Integration"
am Montag nachmittag, 5. April 1993 (16.00 - 17.15 Uhr)

Für die Berichterstattung an den Bundesrat zum eingangs erwähnten Thema erscheint mir folgendes erwähnenswert:

1. Im Anschluss an die Einleitung von Bundespräsident Ogi (die Schweiz braucht Geduld, Verständnis und Zeit; bilaterale Abkommen Schweiz-EG, insbesondere in den Bereichen Luft- und Strassenverkehr, Forschung und Freihandel, sind auch aus innenpolitischen Gründen nötig und sinnvoll) äusserte sich Premierminister Major wie folgt:

Die bilateralen Handelsbeziehungen Schweiz-Grossbritannien, und auch die politischen Beziehungen, sind ausgezeichnet. In der Europapolitik haben praktisch alle westeuropäischen Regierungen dasselbe Problem, nämlich



dass die Regierungen den Bevölkerungen integrationspolitisch vorauseilen. Das EWR-Nein der Schweiz sei für ihn zwar enttäuschend, nicht aber eine Ueberraschung gewesen. Die Beziehungen zwischen der EG und der Schweiz müssen verbessert werden, und zur gegebenen Zeit sollte die Schweiz der EG beitreten. Europa brauche die Schweiz als EG-Mitglied. Grossbritannien sei bereit, der schweizerischen Regierung soweit als möglich zu helfen. Zeit und Geduld stünden zur Verfügung. Wichtig sei, dass in der Schweiz die internen Programme erfolgreich realisiert werden können. In der Interimszeit seien bilaterale Abkommen ein möglicher Weg. Der Ausschluss schweizerischer Forscher aus gemeinsamen Forschungsprojekten sei nicht sinnvoll. Grossbritannien sei wie die Schweiz gegen ein zentralistisches Europa, weshalb für Grossbritannien die EG-Mitgliedschaft der Schweiz willkommen wäre.

Er rechne damit, dass die Maastrichter Verträge drei oder vier Tage nach dem dänischen Referendum im britischen Unterhaus verabschiedet würden. Ob dann die Vorlage im Oberhaus vor oder nach der Sommerpause durchgehe, könne zur Zeit noch nicht gesagt werden.

Herr Bundesrat Delamuraz erläuterte, dass mindestens während zwei Jahren der bilaterale Weg Schweiz-EG der einzig gangbare Weg sei, denn vor zwei Jahren sei es nicht denkbar, dem Schweizer Volk eine neue multilaterale Lösung zur Abstimmung zu unterbreiten. Auf die Frage, ob Grossbritannien im Rahmen der EG die schweizerischen Wünsche nach einem bilateralen Abkommen unterstützen werde antwortete Premierminister Major wie folgt:

Ein bilaterales Abkommen im Bereich des Luftverkehrs müsse im Vordergrund stehen. Grossbritannien unterstütze solche bilateralen Lösungen mit der Schweiz. Er mache jedoch darauf aufmerksam, dass einige seiner Kollegen in der EG die Tendenz hätten, bilaterale Abkommen mit der Schweiz zu bündeln. Die Zurückhaltung einiger seiner Kollegen sei nicht etwa spezifisch gegen die Schweiz gerichtet. Es gehe ihnen vielmehr darum, den EG-internen Problemen Priorität beizumessen. Dabei komme zum Ausdruck, dass für die einen in der EG die geografische Erweiterung, für die andern hingegen die materielle und institutionelle Verfestigung der heutigen Gemeinschaft im Vordergrund stünden. Grossbritannien gebe der geografischen Erweiterung den Vorzug.

Herr Bundesrat Cotti stellte Fragen bezüglich der schweizerischen Beteiligung an den EG-Forschungsprojekten, bezüglich der Zukunft des europä-

ischen Währungssystems und bezüglich der Dänemark gewährten Ausnahmen im Rahmen von Maastricht.

Premierminister Major nahm von den schweizerischen Anliegen im Bereich Forschungskoperation Kenntnis. Zur Währungsunion machte er klar, dass Grossbritannien dem System nicht beitreten werde, solange der Wechselkursmechanismus nicht geändert, nicht ins Gleichgewicht gebracht werde. Die Dänemark (und auch Grossbritannien) gewährten Ausnahmen im Rahmen von Maastricht stünden keinen weiteren EG-Staaten zur Verfügung. Die dafür allenfalls notwendige Einstimmigkeit im EG-Rat käme nicht zustande. Die nächste Möglichkeit von Veränderungen am ganzen System biete sich frühestens anlässlich der nächsten Intergouvernementalen Konferenz, die 1996 beginnen soll. Premierminister Major bekannte sich erneut zu einem dezentralisierten System, anerkannte jedoch, dass in gewissen Bereichen eine zentralisierte Ueberwachung unumgänglich sei (einheitliche Anwendung der Regeln betreffend staatlicher Beihilfen, einheitliche Regeln betreffend Umweltschutz).

B. Spinner
(nach Diktat verweist)